

**Oliver Burkhard**



**Das ist das Mindeste:**

**Faire Löhne – Gute Arbeit – Soziale Gerechtigkeit**

**Maikundgebung 2011**

Siegen, 1. Mai 2011

**Es gilt das gesprochene Wort**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Faire Löhne – Gute Arbeit – Soziale Gerechtigkeit. So lautet unser Motto für den 1. Mai 2011. Dafür erheben wir heute unsere Stimme. Laut und deutlich und in der gesamten Republik: Faire Löhne, gute Arbeit, Soziale Gerechtigkeit. Und zwar für alle Menschen. Das ist das Mindeste, Kolleginnen und Kollegen!

Der erste Mai, der Tag der Arbeit, das ist unser Tag! Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mischen wir uns ein. Und wie nötig das ist, das spüren wir in diesen Tagen ganz besonders: Die Welt um uns herum ändert sich grundlegend - in rasanter Geschwindigkeit.

Die Menschen in den Ländern Nordafrikas wollen Freiheit und Demokratie. Sie wollen ihre korrupten und autoritären Regime loswerden. Sie verlangen eine faire Lebenschance. Zum Teil wollen sie einfach nur Strom und Wasser – Dinge, die für uns selbstverständlich sind. Wir stehen an der Seite dieser Menschen! Und wir hoffen, dass sie ohne weiteres Blutvergießen an ihr Ziel kommen!

Es verbietet sich, in einer solchen Situation einfach zur Tagesordnung überzugehen. Es gibt dort nahezu kein Land, in dem Frieden, Demokratie und auch nur halbwegs sozial gerechte Zustände herrschen.

Die Reichtümer Nordafrikas und der Golfstaaten, vor allem die Einnahmen aus den Ölexporten, sind einer kleinen Elite vorbehalten, während die Mehrheit der Bevölkerung nicht einmal das Nötigste zum Leben hat.

Millionen junger Menschen sind ohne jede Zukunftsperspektive. Kolleginnen und Kollegen, die Politik in Europa darf diesem Elend nicht einfach zuschauen. Wir erwarten, dass die europäischen Regierungen Verantwortung übernehmen – und zwar schnell!

Wir brauchen eine neue Entwicklungs- und Außenpolitik. Tausende Flüchtlinge stranden mit morsche Booten an den Mittelmeerküsten der EU. Sie fliehen vor Not und Unterdrückung. Sie riskieren dabei ihr Leben. Viele sind schon umgekommen, bei dem Versuch, das vermeintlich rettende Europa zu erreichen.

Kolleginnen und Kollegen, es ist ein Irrglaube, Europa könnte sich gegen all dieses Elend abschotten! Jetzt die Grenzzäune höher ziehen und sie am Ende noch von Despoten bewachen zu lassen – so wie es lange der Fall war, Kolleginnen und Kollegen, das wird nicht gehen! Und es wäre eine Schande für das gesamte zivilisierte Europa!

Genauso aberwitzig ist die Idee, die ökonomischen, sozialen und kulturellen Ursachen der Konflikte in Nordafrika mit militärischen Mitteln zu beseitigen.

Das ist schon gescheitert – in Somalia, in Afghanistan, im Irak und im Nahen Osten. Und das wird weiter scheitern! Frieden und soziale Demokratie lassen sich nicht einfach herbei bomben!

Wer wirklich eine Veränderung der Verhältnisse will, dem darf es nicht nur um die eigenen wirtschaftlichen Vorteile gehen, nicht nur darum, sich Öl und Rohstoffe zu sichern. Wenn man wirklich etwas erreichen will, dann muss man die bisherige Politik ändern!

Dann muss man sich in diesen Ländern ernsthaft engagieren! Dann muss man die soziale Frage beantworten - bereit sein, die Armut dort zu bekämpfen! Dann muss Europa die demokratische Entwicklung dort fördern anstatt sich mit Despoten zu verbünden!

Mehr Solidarität vom Norden, mehr Gerechtigkeit für den Süden. Das wäre eine humane, eine menschliche Antwort. Und das ist im Übrigen die einzige Antwort, die einem zivilisierten Europa würdig ist, Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch Japan erlebt schlimme Tage. Das Erdbeben und der Tsunami haben zigtausende Menschen das Leben gekostet, furchtbares Leid für das ganze Land gebracht. Die Atomkatastrophe in Fukushima ist alles andere als ausgestanden!

Dieser Super-GAU führt uns drastisch vor Augen, wie unbeherrschbar die Atomkraft ist. Riesige Gebiete Japans werden über Jahre unbewohnbar sein, wenn nicht für immer. In Tokio haben Millionen Menschen jeden Tag Angst, ob der Wind sich in ihre Richtung dreht. Ob Kleinkinder das Trinkwasser trinken können, ist nicht sicher.

Jede und jeder spürt: Atomkraft ist Wahnsinn! Sie ruiniert über kurz oder lang unsere Lebensgrundlagen und unseren Planeten. Deshalb müssen wir Schluss damit machen – und zwar besser heute als morgen, Kolleginnen und Kollegen!

Spätestens jetzt gibt es nur noch eine einzige Antwort: So schnell wie möglich aus der Atomenergie aussteigen, massiv in erneuerbare Energien investieren!

Und wenn wir Brückentechnologien brauchen, dann sollten es Brücken sein, die uns wirklich über den Engpass führen und nicht in ein solches Desaster!

Kohle und Gas sind als Brücke allemal besser als Uran und Plutonium. Moderne Kohlekraftwerke, moderne Gaskraftwerke sind ressourcenschonender und effizienter als ihre Vorgänger. Viele NRW-Betriebe sind im Kraftwerksbau

vorne! Eben auch bei konventionellen Energieträgern. Das bietet Chancen. Der Ausstieg ist nicht nur sicherer, er kann sich sogar ökonomisch lohnen!

Die Laufzeitverlängerung der Bundesregierung für deutsche Atomkraftwerke war ein fataler politischer Fehler. Das war ein Geschenk an die Energiekonzerne. Das war Politik gegen die Mehrheit der Menschen in dieser Republik! Und das Moratorium nach der Japankatastrophe war ein durchsichtiges wahltaktisches Manöver von Merkel & Co – und nichts anderes!

Die Wählerinnen und Wähler sind aber nun mal schlauer als die Politik meint. Das zeigen die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Ich kann Frau Merkel nur sagen: Wenn Sie nach dem Super-GAU mit der Doktorarbeit von Herrn zu Guttenberg die Kernschmelze ihrer Regierung noch verhindern wollen, dann müssen sie den Kurs in der Energiepolitik grundsätzlich ändern!

Die Mehrheit in diesem Land hat Angst vor den Schrottreaktoren! Die Menschen vertrauen der Atomkraft kein bisschen! Schalten sie die Atomkraftwerke ab! Dauerhaft! Machen Sie ein Ausstiegsgesetz, das diesen Namen auch verdient! Wir wollen raus aus der Atomkraft – und zwar schnell!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Japan-Katastrophe zeigt uns auch, wie empfindlich die eng vernetzte Weltwirtschaft ist. Wenn wichtige Bauteile fehlen, weil Betriebe stillstehen oder einfach weggespült wurden, kann das in Zeiten von „just in time“ schnell bedeuten, dass auch 10.000 Kilometer entfernt die Bänder stillstehen.

Japan, die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt, ist bis ins Mark erschüttert worden. Noch sehen wir keine größeren Produktionsausfälle, aber wir sind wachsam. Wir haben mit Arbeitszeitkonten und Kurzarbeit Instrumente, um auch im Ernstfall eine solche Situation ohne Kündigungen zu bewältigen. Und wir erwarten von den Unternehmen, dass sie diese Instrumente mit uns gemeinsam nutzen, falls es nötig wird!

In Deutschland hat sich die Konjunktur deutlich besser erholt als in anderen Ländern. Seit dem Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich Wachstum und Beschäftigung schnell und stabil nach oben entwickelt.

Kolleginnen und Kollegen, das ist zu einem ganz wesentlichen Teil auch unser Verdienst. Betriebsräte und Gewerkschaften haben sich bisher konsequent für Beschäftigungssicherung eingesetzt und wir werden das auch weiter tun! Wir waren mit dieser Linie erfolgreich. Und ich finde bei allen Sorgen und

Problemen, kann man das auch mal sagen: Da haben wir gute Arbeit gemacht und darauf können wir stolz sein!

Jetzt wollen wir selbstverständlich auch den Aufschwung mitgestalten. Wir wissen: Nach wie vor bestehen enorme Risiken für Arbeitsplätze und industrielle Strukturen. Nach wie vor wird an den Finanzmärkten gezockt.

Aus der Finanzkrise ist inzwischen eine Schuldenkrise der öffentlichen Haushalte in Europa geworden. Und eine Euro-Krise! Durch das Diktat der Schuldenbremse fehlt andererseits der Spielraum für dringend benötigte Zukunftsinvestitionen. [in Bildung, Infrastruktur, junge Menschen...]

Gleichzeitig sind hochbrisante Risiken in einen weitgehend unregulierten Schattenbanksektor ausgelagert worden: Bad Bank – Bad news! Kein Mensch weiß heute genau, für wie viele Milliarden wir noch geradestehen müssen!

Die Ungerechtigkeit bei der Einkommens- und Vermögensverteilung wächst weiter. Lehren aus der Krise werden nicht gezogen, weite Teile der Politik haben offensichtlich gar nichts gelernt!

Es gibt deshalb überhaupt keinen Grund, sich von guten Konjunkturdaten täuschen zu lassen. Da kann unser Weinminister Brüderle noch so selig vom



XXL-Aufschwung plaudern. Wir wollen, dass der Aufschwung ankommt! Und zwar bei uns, bei der Mehrheit der Bevölkerung, Kolleginnen und Kollegen!

Wir wollen dass der Wert der Arbeit anerkannt wird! Es sind immer Menschen, die arbeiten. Und für uns bleibt es dabei: Wir wollen Menschen schützen.

Menschen sind wichtiger als Rendite. Auch deshalb stehen wir heute hier!

So wie bisher darf es nicht mehr weitergehen! Wenn die kurzfristige Rendite und die Finanzmärkte weiter den Kurs dieser Welt bestimmen, dann fahren wir in eine soziale, ökonomische und ökologische Katastrophe! Für uns bleibt es dabei: Wir brauchen einen grundlegenden Kurswechsel! Für faire Löhne – Gute Arbeit – soziale Gerechtigkeit. Das ist das Mindeste, Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir werden uns auch in den kommenden Monaten weiterhin in den Betrieben und gesellschaftspolitisch einmischen. Das ist bitter nötig! Die Schattenseiten des sogenannten „German Beschäftigungswunders“ sind eklatant:

- Es arbeiten schon über 7 Millionen Beschäftigte im Niedriglohnsektor
- Wir steuern auf eine Million Leiharbeiter zu, die Verleihunternehmen träumen schon von 2 Millionen

- Neueinstellungen erfolgen aktuell zu 43 Prozent in Leiharbeit, zu 42 Prozent befristet
- Leiharbeiter verdienen im Schnitt 30-40 Prozent weniger Geld als Stammbeschäftigte
- Wir geben als Gesellschaft 11 Mrd. Euro dafür aus, Niedriglöhne zu subventionieren. Allein die Aufstockungsleistungen für Leiharbeitnehmer kosten jährlich 700 Millionen Euro. 700 Millionen wohlgemerkt, damit Leiharbeiter überhaupt auf Hartz IV-Niveau kommen! [FDP will weniger Staat, aber deckt ausgerechnet diese Subvention! Was für eine Heuchelei!]

Diese Billig-Strategie der Arbeitgeber führt dazu, dass Millionen Menschen von ihrer Arbeit nicht anständig leben können. Millionen Menschen haben keine Sicherheit und keine Perspektive. Das sind in einem hochentwickelten Industrieland absolut inakzeptable Zustände, Kolleginnen und Kollegen!

Und wir alle sind gefordert, etwas dagegen zu unternehmen! Als allererstes brauchen wir flächendeckend vernünftige Mindestlöhne. Per allgemeinverbindlichem Tarifvertrag und per Gesetz! Das absolute Minimum muss 8,50 Euro sein! Von noch weniger kann in Deutschland kein Mensch anständig leben. Es ist allerhöchste Zeit, das endlich in Ordnung zu bringen!

Das gleiche gilt beim Thema Leiharbeit. Zweiklassengesellschaften in den Betrieben sind ein Skandal. Schreiend ungerecht, nicht akzeptabel! Gleiche Arbeit – Gleiches Geld – Gleiche Rechte. Das ist unsere Forderung! Das ist in den meisten Ländern Europas eine Selbstverständlichkeit. Das muss verdammt noch mal auch in Deutschland wieder selbstverständlich werden!

Leiharbeit muss begrenzt werden, muss die Ausnahme bleiben – für vorübergehende Auftragsspitzen oder saisonale Schwankungen. Und wenn Leiharbeit eingesetzt wird, dann muss sie fair gestaltet werden. Und das heißt: Gleiche Arbeit – Gleiches Geld und zwar ohne jedes wenn und aber. Ohne Ausnahme! Für alle Beschäftigten!

Der Gesetzgeber hat gerade wieder eine Chance vertan, endlich gesetzlich einzugreifen. Durch das neue Arbeitnehmerüberlassungsgesetz wird kein einziges Problem gelöst:

- Gleiche Arbeit – gleiches Geld? Nicht geklärt!
- Stammbesellschaften vor Austausch geschützt? Nein!
- Verleihfristen und Bedingungen vernünftig geklärt? Nein!

Kolleginnen und Kollegen, das ist kein Arbeitnehmerüberlassungsgesetz. Das ist ein „Freien-Märkten-Alles-Überlassungsgesetz“. Das ist eine Bankrotterklärung der Politik auf der ganzen Linie - und sonst gar nichts!

[Die AN-Freizügigkeit in Europa seit 1. Mai 2011 wirkt noch verschärfend. Die beschlossene Lohnuntergrenze reicht nicht. Sie schützt allenfalls vor noch mehr Dumping. Denen, die jetzt zu Dumpinglöhnen arbeiten müssen, nützt das gar nichts!]

Kolleginnen und Kollegen,

ein gerechter Arbeitsmarkt sieht anders aus. Und wir dürfen bei der prekären Beschäftigung keine Ruhe geben. Wenn wir uns bei den Themen Mindestlöhne/Leiharbeit/Befristungen/Werkverträge/Minijobs nicht durchsetzen, dann werden wir unsere Arbeitswelt in 10 oder 15 Jahren nicht mehr wieder erkennen.

Dann werden wir zukünftig einen in der Mitte noch weiter glatt zerrissenen Arbeitsmarkt haben. Das heißt: Nur noch sehr schlechte oder sehr gute Jobs - nichts dazwischen. Eine Hälfte prekär und billig, eine Hälfte als gesuchte Fachkräfte und Spezialisten. Keine Lebensperspektiven für die einen, beste Möglichkeiten und sozusagen Arbeitgeberüberschuss für die anderen.

Dann werden noch mehr junge Menschen abgehängt. Dann werden noch mehr Menschen ausgegrenzt. Dann werden die braunen Ideologen und die

Rechtspopulisten noch mehr Zulauf bekommen. So, wie wir das jetzt schon in vielen Ländern Europas sehen. Wir müssen das stoppen!

Eine in der Mitte glatt zerrissene Gesellschaft, das schadet unserer Demokratie. Das zerstört Solidarität und Humanität. Das macht das Fundament unserer Gesellschaft kaputt! Und deshalb werden wir uns dagegen wehren, Kolleginnen und Kollegen!

Wir wollen einen fairen Arbeitsmarkt – mit Chancen für alle Beschäftigten!

Unser Leitbild, unsere Vorstellung von Arbeit im Jahr 2020 ist klar:

- Gute, sichere, qualifizierte, anständig bezahlte Arbeit
- Unbefristet und tarifgebunden
- Mit guter Aus- und Weiterbildung, mit der Chance sich zu entwickeln
- Gesund bis zur regulären Rente
- Mit Mitbestimmung und Demokratie

Das ist das Bild einer Arbeitsgesellschaft, die Zukunft hat! Dafür arbeiten wir!

Mit konkreter Politik im Betrieb, mit Tarifverträgen, mit all den Stellschrauben, die uns zur Verfügung stehen. Mit unseren letzten Tarifabschlüssen haben wir auch im Aufschwung eine wie ich finde gute Tarifpolitik gestaltet.

- Für den öffentlichen Dienst, in der chemischen Industrie und zuletzt im Baugewerbe haben wir 2011 ordentliche Einkommenszuwächse vereinbart
- Im September letzten Jahres war die Stahlindustrie als erste Branche dran, „nach“ der Krise eine Tarifrunde zu führen. Dort haben wir neben einem Einkommensplus den ersten Flächentarifvertrag durchgesetzt, indem „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“ verbindlich festgeschrieben ist.
- Gleichzeitig haben wir in viele Regelungen vereinbart, die den Berufsstart erleichtern oder die Übernahme sichern (Chemie, Textil)
- Und wir haben Arbeitsplätze und Tarifstandards gesichert. Zum Beispiel bei der Bahn, bei der Telekom und in vielen anderen Betrieben.

All diese Beispiele zeigen: Wir reden nicht nur von fairer Teilhabe, wir gestalten sie. Wir beschreiben nicht nur die Probleme, wir sind absolut in der Lage Lösungen durchzusetzen! Und ich finde: auch auf diese Bilanz dürfen wir mal stolz sein, Kolleginnen und Kollegen!

Mein Eindruck ist: Mit unserer beharrlichen Arbeit am Thema prekäre Beschäftigung haben wir als Gewerkschaften Bewegung geschaffen: Die gesellschaftliche Stimmung gegen Lohndrückerei, schlechte Arbeitsbedingungen und Spaltung von Belegschaften ist reif! Wir müssen das jetzt weiter forcieren, öffentliche Aktion machen, alle zusammen noch mal richtig aufdrehen!

Und lasst uns der Politik auch weiterhin klar sagen, was wir von der Rente mit 67 halten! Immer länger arbeiten, immer höhere Belastungen! Während gleichzeitig die Jobs für die Jüngeren fehlen! Rentenkürzungen für alle, die nicht bis zum Schluss durchhalten! Während viele der heutigen Rentnerinnen und Rentner jetzt schon nicht anständig von ihrer Rente leben können!

Das ist Irrsinn! Das kann gar nicht funktionieren! Alle, die die betriebliche Praxis kennen, wissen das. Und deshalb gibt es dazu von uns nur eine Antwort: Wir wollen Regelungen für einen fairen Altersausstieg! Die Rente mit 67 gehört weg – und zwar besser gestern als heute, Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei allen berechtigten Anforderungen an die Politik, müssen wir uns auch damit beschäftigen, was wir als Gewerkschaften tun können, um auch in 10 oder 20 Jahren die starke Stimme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sein.

Die anstehenden Aufgaben werden wir nur bewältigen, wenn sich unsere Betriebs- und Personalräte auf eine breite Mitgliederbasis stützen können. Und deshalb müssen wir jetzt im Aufschwung wirklich alle Hebel in Bewegung setzen, um die Stärke der Gewerkschaften zu erhalten.

Gewerkschaften wie die GEW haben es schon geschafft, wachsende Mitgliederzahlen zu erreichen. Die IG Metall ist da auch auf einem guten Weg: Wenn wir so weiter machen, wie wir in dieses Jahr gestartet sind, dann werden wir am Ende dieses Jahres ein Mitgliederplus verbuchen!

Kolleginnen und Kollegen, das zeigt mir: Wir können unsere Stärke nicht nur erhalten, wir können noch stärker werden! Wir haben die richtigen Themen! Und wir haben Antworten, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen konkret zu verbessern! Darum geht es doch!

Je mehr wir sind, desto eher können wir mit dafür sorgen, dass die Fehlentwicklungen der letzten Jahre korrigiert werden! Dafür, dass alle Menschen in diesem Land eine faire Lebenschance bekommen. Dass wir über Gute Arbeit und Gerechtigkeit nicht nur reden, sondern sie auch durchsetzen.

Dafür, dass junge Menschen wieder anfangen, auf eine gute Zukunft zu vertrauen. Faire Löhne – Gute Arbeit – Soziale Gerechtigkeit, das ist das Mindeste! Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen. So wie es in unserer Arbeiterbewegung gute Tradition ist: Mutig, entschlossen und selbstbewusst!

In diesem Sinn: Ich wünsche euch und euren Familien einen schönen 1. Mai!

Ich danke Euch!